

Geschichte

Skripte aus Geschichte für Fachabitur

8. Nationalsozialistische Innenpolitik (1933 - 1939)

[8.1 Voraussetzungen für die Machtübernahme](#)

[8.2 Die Machtübernahme Hitlers](#)

[8.3 Partei und Staat](#)

[8.4 Propaganda und Erziehung](#)

[8.5 Zerschlagung der Arbeitnehmerorganisationen](#)

[8.6 Die NS-Volksgemeinschaft](#)

[8.7 Rassengesetze und Antisemitismus](#)

[8.8 NS-Ideologien](#)

Inhalt Geschichte:

[1. Aufklärung](#)

[2. Anfang des 19. Jh.](#)

[3. Imperialismus](#)

[4. Industrielle Revolution](#)

[5. Arbeiterbewegung](#)

[6. Militarismus](#)

[7. Weimarer Republik](#)

[8. NS - Innenpolitik](#)

[9. NS - Außenpolitik](#)

[10. BRD](#)

[11. DDR](#)

[12. "Deutschland einig Vaterland"](#)

[13. Europa](#)

8. Nationalsozialistische Innenpolitik (1933 - 1939)

8.1 Voraussetzungen für die Machtübernahme

- Gründe des Niedergangs der Demokratie und des Aufstiegs Hitlers
 - Demokratiemüdigkeit (Satthaben der politischen Querelen, Sehnen nach „starken Mann“)
 - Bereitschaft der demokratischen und Konservativen Kräfte zum Bündnis mit den Nationalsozialisten
 - Weltwirtschaftskrise
 - 6 Mio. Dt. arbeitslos, dadurch politische Radikalisierung von Politik und Gesellschaft
 - Straßenkämpfe
 - Agitatorische Dynamik der Nationalsozialisten
 - Propagandafeldzüge
- Kraft der Verführung
 - Prozess der Industrialisierung durch Modernisierung
 - Einführung des Radios (Volksempfänger)
 - Volkswagen für den Mittelstand
- Von Papen meinte Hitler kontrollieren und manipulieren zu können
- politische Kompromisse galten den NS als „faul“ und typisch bürgerlich

8.2 Die Machtübernahme Hitlers

- Ernennung Hitlers am 31. Januar 1933 zum Reichskanzler durch Reichspräsident Hindenburg
- Das Kabinett Hitlers
 - Nur 2 weitere Minister der NSDAP:
 - Wilhelm Frick als Reichsinnenminister
 - Hermann Göring als Reichminister ohne Geschäftsbereich und preußischer Innenminister
- Neuwahlensauschreibung für den 5. März 1933
- Staatlich legalisierter Terror gegen Kommunisten und Sozialdemokraten
- Zerstörung des Reichstagsgebäude am 27. Februar 1933 durch Brandanschlag
 - danach Verordnung zum Schutz von Volk und Staat
 - Aufhebung der Grundrechte
 - das hieß konkret: Ausnahmezustand (legal durch § 48 Notverordnung)
 - und Freibrief für Verfolgung und Terror
- Wahlen am 5. März 1933 brachten Hitler nur 43,9 % der Stimmen
- dennoch konnte Hitler vier Jahre lang Gesetze ohne Zustimmung des Parlaments erlassen
 - Rechtsgrundlage: Ermächtigungsgesetz vom 23.3.1933
- Ausschaltung des Parlaments
- Ausschaltung der politischen Parteien
 - durch SA-Terror und Polizeimaßnahmen (SA-Führer: Ernst Röhm)

- durch das „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“ (14.7.1933) das die NSDAP zur einzigen legalen Partei Deutschlands erklärte.
- Deutschland jetzt Einparteienstaat
- Ausschaltung der Länder
 - durch Straßenterror der SA
 - Übernahme der Polizeigewalt aufgrund von Notverordnungen
 - Statt Länderparlamente jetzt Reichsstatthalter als „Aufseher des Reiches“
- Kabinettsitzungen wurden immer seltener (nur noch zur Beschließung von Gesetzen im Eilverfahren) (5 Minister der NSDAP, 7 Minister der nationalreaktionären DNVP!)
- 1934 Übernahme der Funktion des Reichspräsidenten nach dem Tode Hindenburgs
 - Vereidigung der Reichswehr auf Hitler

8.3 Partei und Staat

- Für Hitler war die Partei und der Staat nur Mittel zur Durchsetzung seiner politischen Ziele
- Anspruch der Partei auf Machtbeteiligung insbes. durch SA-Führer Ernst Röhm
 - Röhm und andere hohe SA-Führer wurden am 30.6.1934 durch die SS heimtückisch ermordet
 - danach Übernahme der SS (eigentlich Schutzstaffel zum persönlichen Schutz Hitlers) die Polizeigewalt im Staat unter der Führung von Heinrich Himmler und Reinhard Heydrich
 - jetzt kein offener Straßenkampf mehr, sondern verdeckt in Form von
 - Verhörzimmer
 - Konzentrationslager

8.4 Propaganda und Erziehung

- Ab 1.12.1936 mussten alle Jugendlichen in die Hitlerjugend eintreten
 - dadurch totale Erfassung des Einzelnen in den vielfältigen Massenorganisationen
 - dadurch Erzwingung des „Gleichschritts“ der ganzen Nation im öffentlichen, privaten und geistigen Leben
- Massenaufmärsche und Propaganda sollten eine gläubige, quasireligiöse Gefolgschaft erzeugen

8.5 Zerschlagung der Arbeitnehmerorganisationen

- Zerschlagung der Gewerkschaften, Bildung der nationalsozialistischen Einheitsgewerkschaft: die Deutsche Arbeitsfront (DAF)
- Die Aufhebung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit sollte auch darin sichtbar werden, dass die Tarifautonomie von Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufgehoben wurde
- statt dessen staatliche Zwangsregelung von Arbeitsstreitigkeiten und Tarifregelungen durch sogenannte Treuhänder der Arbeit
- DAF war eher ein Reisenverband, der sich in erster Linie um Aufgaben der Erziehung (Agitation) und um soziale Belange kümmerte
- Einführung des obligatorischen Arbeitsdienstes (26.6.1935) anstelle des bisher Freiwilligen Arbeitsdienstes
- da 1933 immer noch 4,5 Mio. Arbeitslose: Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung
 - öffentliche Bauarbeiten zur Anlage und Instandsetzung von Autobahnen, Straßen, Wasserwegen, öffentlichen Gebäuden und Versorgungseinrichtungen (Begleitet von Propaganda)
 - seit 1934 beträchtliche finanzielle Mittel für die Rüstungsindustrie
- Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (1935)

8.6 Die NS-Volksgemeinschaft

- Für viele Deutsche waren die Jahre 1933 - 1939 gute Jahre (trotz totalitärer Staat)
 - „Ruhe und Ordnung“ nach den chaotischen Weimarer Jahren
 - bescheidener Wohlstand
 - gestärktes deutsches Selbstwertgefühl gegenüber dem Ausland
 - durch gemeinsame „Arbeits- und Erzeugungsschlachten“ Hoffnung auf die Entstehung einer solidarisch zusammenstehenden Volksgemeinschaft
- Die Einkommen der Arbeiter und Angestellten stiegen im industriellen Sektor (trotz Aufhebung der Tarifautonomie und allg. Lohnstopps (1934))

- Entwicklung des Volksempfängers zur Verbreitung der Propaganda
- Gründung von „Kraft durch Freude“ Freizeit- und Kulturunternehmen
 - 6-tägiger bezahlter Mindesturlaub (Einführung 1936)
 - Beginn des Massentourismus
 - Wecken des Gefühls von Heimat und Volkstum durch Reisen innerhalb Dt.

8.7 Rassengesetze und Antisemitismus

- Kampf gegen das Judentum wurde in den Mittelpunkt der Weltanschauung der Nationalsozialisten gestellt
- Antisemitismus mit biologischer, rassistischer Grundlage
- Die 12 Jahre antijüdischer Rassenpolitik in 2 Phasen
 - 1. Phase 1933 - 1939
 - zunehmende politische und gesellschaftliche Diskriminierung und Isolation der Juden
 - zum Schluss Aberkennung der Rechte und Übernahme des Eigentums
 - 1939 - 1945
 - Völkermord zunächst unsystematisch, dann nach genauem Plan
 - an „ethnisch minderwertig“ bezeichneten Volksgruppen (Juden, Roma, Sinti)
- Arisierung zuerst im öffentlichen, dann auch im privaten Leben
- 1935 Nürnberger Gesetze: Verbot der Eheschließung zwischen „Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes“
- 8. - 9. November 1938 Reichskristallnacht
 - Hetzreden und Anzünden von Synagogen
 - (Judenpogrom als Antwort des dt. Volkes auf die Ermordung eines dt. Gesandtschaftsrates in Paris durch den 17-jährigen Herschel Grünsparn)
 - Bezahlung der entstandenen Schäden wurde den Juden auferlegt (1.127 Milliarden DM)

8.8 NS-Ideologien

- Antidemokratischer Kampf
- Herrenrassenideologie
- Überzeugung die „historischen Gesetze“ erkannt zu haben und diesen musste unter allen Umständen Geltung verschafft werden